

Von „historischen Schuldenerlassen“ und historischen Schulden

Philipp Hersel,

BLUE 21, Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung

Daniela Setton

WEED, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung

"Das ist der größte Schuldenerlass, den die Welt je gesehen hat", schwärmte der britische Schatzkanzler Gordon Brown. Bundesfinanzminister Hans Eichel sprach von einem „historischen Beschluss“. Beide priesen den Beschluss des G8-Gipfels im Juli im schottischen Gleneagles, 18 verschuldeten Entwicklungsländern über 40 Jahre Schulden im Gesamtumfang von ca. 40 Mrd. US\$ zu erlassen.

Großbritanniens Premierminister Tony Blair gefiel sich besonders gut in der Rolle des aufrichtigen Weltverbesserers, und durfte sich prompt auf die moralische Unterstützung von Bono und Bob Geldorf verlassen. Wenn man Blair und Co. Glauben schenkt, hat die Bestätigung des G8 Beschlusses durch die Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank am 24. und 25. September 2005 den Weg für die Befreiung der Armen im Süden von der Geißel der Verschuldung geebnet. Die bittere Wirklichkeit sieht anders aus. Wenn hier etwas historisches Ausmaß annimmt, dann ist es der Zynismus, den die G8, IWF und Weltbank beim „Lösen“ von Schuldenproblemen an den Tag legen.

Zunächst einmal zum konkreten Entschuldungsbeschluss:

Es geht um den „100%igen Erlass“ der multilateralen Schulden von bis zu 38 sogenannten „hochverschuldeten arme Länder“ (englisch Heavily Indebted Poor Countries - HIPC) bei drei Gläubigern: beim IWF, bei der Weltbank-Gruppe und bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Alle 38 Länder zusammen haben bei diesen Gläubigern Schulden von ca. 56 Mrd. US-Dollar. Auf die Weltbank entfallen dabei ungefähr 42 Mrd. US-\$, auf den IWF ca. 6 Mrd. US-\$ und auf die Afrikanische Entwicklungsbank ca. 8 Mrd. US-\$.

Für den Erlass bei der Weltbank sind die Länder zugangsberechtigt, die die Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) bis zum Ende („completion point“) durchlaufen haben. Dies trifft derzeit nur auf 18 Länder zu (davon 14 afrikanische und 4 lateinamerikanische Länder), 20 weitere HIPC-Länder können sich noch qualifizieren. Im Rahmen der HIPC Initiative müssen die Länder jahrelange neoliberale Wirtschaftsprogramme von IWF und Weltbank umsetzen.

Beim Schuldenerlass gegenüber dem IWF geht es um insgesamt 37 Länder. Neben 35 HIPC-Ländern (ausgenommen sind der Sudan, Somalia und Liberia) werden mit Tadschikistan und Kambodscha auch zwei Länder dabei sein, die nicht Teil der HIPC-Initiative sind. Anders als bei der Weltbank wurde als Zugangskriterium eine jährliche Einkommensobergrenze von 380 US-Dollar pro Kopf definiert, unabhängig vom Verschuldungsgrad der Länder. Damit soll ein Konflikt mit dem IWF-Grundsatz auf Gleichbehandlung aller Mitgliedsländer umschifft werden. Eine definitive Länderliste gibt es jedoch auch beim IWF nicht. Dazu sind noch die Klärung weiterer Details und Gespräche mit den jeweiligen Ländern nötig.

0,3 Prozent Schuldenentlastung

Die Laufzeit der Kredite, die erlassen werden, erstreckten sich bei der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank auf bis zu 50 Jahre. Beim IWF geht es um Kredite mit 10 Jahren Restlaufzeit. Selbst wenn alle angekündigten 37 bzw. 38 Länder tatsächlich in den Genuss eines „100%igen Schuldenerlasses“ bei den drei Institutionen kommen sollten, wären die praktischen Auswirkungen vergleichsweise gering. Der vermeintlich „historische Schuldenerlass“ von bis zu 56 Mrd. US-\$ würde die betroffenen Länder jährlich um etwas über 1 Mrd. US-\$ an Zinsen und Tilgungen entlasten.

Den Büchern der Gläubiger zufolge haben die ca. 120 verschuldeten Länder des Südens insgesamt ca. 2000 Mrd. US-\$ Schulden. Darauf zahlen sie jährlich ca. 300 Mrd. US-\$ Zinsen und Tilgung, das ist das sechsfache der offiziellen „Entwicklungshilfe“. Allein Afrika zahlt 19 Mrd. US-\$ im Jahr an Schuldendienst. Anders ausgedrückt: im Nord-Süd-Verhältnis wird der Süden nächstes Jahr knapp 1 Mrd. US\$ oder 3 Promille weniger zahlen müssen. Statt einem „historischen Schuldenerlass“ sieht man sich eher einer großangelegten und leider erschreckend erfolgreichen Selbstbeweihräucherung und Heuchelei der G8 gegenüber.

Ein zentrales Problem ist, dass wichtige Schuldenkategorien - z.B. „kommerzielle“ Schulden bei Privatgläubigern oder „bilaterale“ Schulden bei anderen Staaten – gar nicht erst in den Erlass mit einbezogen sind. Es sind nicht einmal alle multilateralen Schulden abgedeckt, denn diese verteilen sich auf insgesamt 19 multilaterale Gläubiger. Bolivien z.B. hat hohe Schulden bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank und wird nach dem „100%igen Schuldenerlass“ der derzeitigen Initiative tatsächlich ca. 16% weniger Schulden haben.

Allerdings: so lange nicht feststeht, welches Land wann wirklich einen Schuldenerlass erhält, sind alle angekündigten Angaben zum voraussichtlichen Gesamtvolumen des Schuldenerlasses ohnehin mit Vorsicht zu genießen. Dazu kommt, dass die „Entlastung“ durch den Schuldenerlass für viele Länder voraussichtlich kaum einen Unterschied machen wird. Denn die bislang geplanten Zuweisungen der Weltbank und Afrikanischen Entwicklungsbank, die nach dem Schuldenerlass an die ‚entschuldeten‘ Länder gehen sollten, werden in exakt der Höhe der erlassenen Schuldendienstzahlungen gekürzt. Auch nach dem Schuldenerlass wollen die Gläubiger die Kontrolle über die Länder aufrechterhalten – und das zusätzliche Geld lieber an insgesamt 81 Länder nach Maßgabe ihrer vorher diktierten ‚guten Regierungsführung‘ und ‚vernünftigen Wirtschaftspolitik‘ verteilen.

Ohnehin kann in den Genuss von Schuldenerlass nur kommen, wer zuvor im Rahmen der HIPC-Initiative unter der Aufsicht von IWF und Weltbank seine Gütermärkte und Finanzsysteme liberalisiert, rigide Sparvorgaben für die öffentlichen Haushalte umgesetzt und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen hinter sich gebracht hat.

Was hier von den G8 als „historischer Durchbruch“ angekündigt wird, wird nur für eine handvoll Länder tatsächlich eine Entlastung bringen.

Wer schuldet wem was?

Die vielleicht wichtigste Frage blieb bisher aber ausgespart. Sind die Forderungen der Gläubiger an die Schuldner überhaupt berechtigt? *„Die Völker des Südens sind die eigentlichen Gläubiger. Die illegitimen, ungerechten und unbezahlbaren Schulden des Südens müssen sofort gestrichen werden. Es ist der Norden, der massive ökologische, moralische, soziale und finanzielle historische Schulden gegenüber dem Süden hat.“* So formulierte es eine Konferenz von Nichtregierungsorganisationen, sozialen Bewegungen und Entschuldungskampagnen aus Nord und Süd Ende September 2005 in Havanna, an der Vertreter aus über 50 Ländern teilnahmen.

Seit Beginn der internationalen Schuldenkrise 1982 haben sich die Schulden der Entwicklungsländer von 650 Mrd. US\$ auf knapp 2.000 Mrd. US\$ verdreifacht. Die Steigerung rührt im Wesentlichen daher, dass die alten Schulden mit neuen Krediten bedient werden: von 1982 bis heute wurden neue Kredite in Höhe von 3.000 Mrd. US\$ an Entwicklungsländer vergeben. Diese haben inzwischen 4.000 Mrd. US\$ an Zinsen und Tilgung zurückbezahlt. Heute sind ihre Schulden um 1.350 Mrd. US\$ höher als damals.

Die Folgen von Verschuldung sind dramatisch. Jeden Tag sterben immer noch 35.000 Kinder an Hunger und einfach vermeidbaren Krankheiten. Dieser barbarische Zustand liegt auch entscheidend an der mangelnden Bereitschaft der Gläubiger, die Schuldenkrise durch weitreichende Streichungen zu überwinden. Das hat die Bundesrepublik als führende Macht in IWF, Weltbank, G8 und WTO erheblich mitzuverantworten.

Doch nicht nur ihre tödliche Wirkung macht die Schulden unerträglich. Die Legitimität der Schulden wird zu Recht bestritten. Warum sollen die Philippinen Schulden für ein Atomkraftwerk tilgen, das Diktator Marcos auf den Philippinen mit Billigung der Gläubiger auf eine Erdbebenspalte bauen ließ und das zum Glück nie in Betrieb ging? Wie steht es mit den Schulden Indonesiens, die unter Diktator Suharto bei der Weltbank aufgenommen wurden? Dass die Hälfte der Gelder direkt in die Taschen von Suhartos Familie geflossen sei, weist die Weltbank entschieden zurück - es seien nur 20 bis 30 Prozent gewesen. Warum sollten die Menschen im Süden Schulden zurückzahlen, mit denen frühere Diktatoren wie Pinochet, Mobutu oder das Apartheid-Regime Waffen gekauft haben, um sie zu unterdrücken und ihre Verwandten zu ermorden?

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schreibt den Schuldnern im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen vor, ihre Exportwirtschaft auszuweiten, um Devisen zu erwirtschaften. Viele Länder bauen folglich mehr Kaffee, Kakao und Baumwolle an. Das Ergebnis - doppeltes Angebot und halber Preis - bedeutet für die Länder des

Südens gleichbleibende Exporteinnahmen, während sich der Norden über billigere Rohstoffe freuen kann. Eine Unternehmensberatung würde für solch bewusst kontraproduktive Beratung in Regress genommen oder mindestens wegen Dummheit in Konkurs gehen. Nicht so der IWF: Dessen Strukturanpassungskredite sind sakrosankt und müssen stets als erste bedient werden.

Diese und viele weitere Maßnahmen zeigen, wie die Gläubiger die Schuldner erst in den Würgegriff nehmen und ausplündern, und ihnen dies anschließend als Dienstleistung in Rechnung zu stellen. Die Konsequenz ist klar: Die Schulden sind ganz oder fast zur Gänze als illegitim zurückzuweisen. Die ökologischen Schulden des Nordens durch Umweltverbrauch und -zerstörung, Klimawandel und Ressourcenentzug sind dabei ebenso wenig berücksichtigt wie die historische Schuld für den Genozid an Millionen von Menschen im Rahmen des Kolonialismus. Es geht nicht um gönnerhaften Schuldenerlass, nicht um Hilfe, nicht um Abgeben oder Teilen. Es geht um Gerechtigkeit und das Rechtsempfinden des normalen Menschenverstands. Es ist Zeit, dass offiziöse Entschuldungstheater zu beenden und stattdessen die Schuld und Verantwortung des Nordens anzuerkennen und die Schulden zu streichen.

Um das zu erreichen, ist Druck auf verschiedenen Ebenen notwendig: Die Menschen im Norden sollten von ihren Regierungen Rechenschaft einfordern. Warum treibt die Bundesregierung Kredite für Siemens-Turbinen ein, auch wenn ein Staudamm niemals Strom für die Armen produziert hat? Warum dürfen deutsche Banken bis heute ihre Rückstellungen aus Kreditgeschäften mit dem Apartheid-Regime von der Steuer absetzen? Diese Fragen muss die neue Bundesregierung - egal in welcher Zusammensetzung - beantworten. Die „gute Regierungsführung“, die die Gläubiger von den Schuldnern permanent fordern, sollten sie zunächst selbst praktizieren.

Zudem sollten mehr Schuldnerregierungen den Mut aufbringen, illegitime Schulden explizit zurückzuweisen und nicht mehr zu bedienen, wie es Nigeria in den vergangenen Monaten versucht hat. Auch das erzwingt eine Debatte über die Verantwortung für die Schulden. Letztlich muss die Diktatur der Gläubiger über die Schuldner beendet werden. Wenn hierzulande ein Unternehmen oder eine Privatperson zahlungsunfähig wird, dann entscheiden neutrale Gerichte darüber, in welcher Höhe welche Gläubiger noch bedient werden und welche Schulden zu streichen sind. Es muss auch auf internationaler Ebene eine Instanz wie ein neutrales Schiedsverfahren oder einen Gerichtshof geben, der im Falle von Überschuldung für eine gerechtere Lastenverteilung zwischen Gläubiger und Schuldner sorgt.

Dessen ungeachtet stehen die Gläubiger historisch, ökologisch und finanziell in der Verantwortung - für eine „historische Schuldenstreichung“, die diesen Namen tatsächlich verdient.